

Leipziger Allerlei

Zur Krise der Antideutschen: Eine kurze Revision

NLS JOHANW

Sowohl der Verfassungsschutz, der ihnen sein vermindertes spalterisches Potential attestiert, als auch der Großteil der bundesdeutschen Antifagruppen, der inzwischen wieder einen Antinationalismus propagiert, der schon vor über 15 Jahren als nur mäßig originelle Version der in Deutschland so beliebten Israelkritik entlarvt wurde und der sich in dem infantilen Slogan „Staat. Nation. Kapital. Scheiße.“ Ausdruck verschafft, sind sich einig: Die Antideutschen befinden sich in einer personellen wie ideellen Krise. In einer Stadt, in der es einerseits zum guten Ton gehört, das Ohr am Puls der linksradikalen Bewegung zu haben, andererseits aber die Fähigkeit zur fleißigen Theoriebildung und zum kritischen Differenzieren noch zum Rüstzeug eines jeden Jugendzentrumsbesucher gehört, konnte man daher nicht schweigen und lieferte dem über die Antideutschen gefällten Urteil sowohl eine Begründung, als auch einige Vorschläge für eventuelle Resozialisierungsmaßnahmen nach. Wie jedes Urteil, das vor höheren Instanzen Bestand haben will, würdigte man dabei umfassend die Vergangenheit und persönlichen Umstände der Angeklagten, ging aber auch besonders auf deren Motive und Verfehlungen

ein. Da es sich bei den Richtern zudem um echte Menschenfreunde handelt, die sich in ihrer Jugend vielleicht sogar selbst den einen oder anderen Fehltritt geleistet haben, besaßen sie die Güte, abschließend noch einige Vorschläge anzubringen, dank derer die Verurteilten in Zukunft wieder den Weg aus der Krise und in die Mitte der Gesellschaft finden könnten.

Diese Krise, also die der Antideutschen, so befanden die Mitglieder der „Gruppe in Gründung,“ aus Leipzig in ihrem in der *Jungle World* Nr. 4/2009 veröffentlichten Dossier *Harte Männer; hartes Geschäft*, resultiere vor allem aus der Tatsache, dass die Antideutschen gespalten seien - in Ideologiekritiker und Realpolitiker nämlich - und dass sie sich dank der vermeintlichen Stagnation gegenseitig immer wieder die gleichen Argumente um die Ohren hauen müssten. Besonders erschwerend - dabei müsse man es doch wie in Leipzig besser wissen - fielen dabei zwei Dinge ins Gewicht: „ein mangelndes Verständnis für den Widerspruch, der der gegenwärtigen Problemlage zugrunde liegt, und fehlende historische Tiefenschärfe.“¹ Um die in der Krise resultierende Problematik chronologisch aufzuschlüsseln, sei es daher unumgänglich, sich mit der Theoriegeschichte der Antideutschen zu beschäftigen², was deren nicht mehr haftbar zu machenden geistigen Anstifter aus Frankfurt miteinschließen muss.

Schon die Kritische Theorie, so weiß man, habe ein „lebendiger Widerspruch“, der ja heute auch in verschärfter und zudem verdrängter Form die Antideutschen präge, durchzogen: „Sie amalgamierte links-kommunistische Gesellschafts-

¹ Alle nicht weiter gekennzeichneten Zitate entstammen dem besagten Dossier aus der *Jungle World*.

² Der folgende Text kann sich leider nicht mit allen Leipziger Stilblüten befassen, aber was soll man zu Sätzen wie „Damit einher geht die bequeme Annahme [der Antideutschen, N.J.], dass mit Marx die ökonomische Basis der gegenwärtigen Gesellschaft bereits hinreichend beschrieben ist. Oftmals ist damit aber nicht mehr gemeint, als dass bei Marx von Krisen und deren Möglichkeit die Rede ist: Und tatsächlich – zu solchen kommt es immer wieder“ auch noch schreiben.



kritik und einen affirmativen Bezug auf die liberale Gesellschaft“ und „verband [...] die Kritik an der kapitalistischen Totalität mit der Bejahung ihrer bürgerlichen Errungenschaften.“ Aus der Parteinahme für die Residuen der Freiheit, wie sie im Vorwort der *Dialektik der Aufklärung* gefordert wird, wird so keine bloße Verteidigung, sondern eine Affirmation der liberalen Gesellschaft, was, das wird im Laufe der Argumentation noch klar werden, nicht bloß eine sprachliche Schlamperei ist. Insbesondere in der Verteidigung der Formalität des Rechts soll der die kritische Theorie prägende Widerspruch ausgeführt werden. Dass das Recht als „Urphänomen irrationaler Rationalität“ (Adorno), welches durch die vom Souverän gewährte Gleichheit, in der alle Ungleichheiten untergehen, zumindest „ein Minimum an Freiheit“ (Neumann) für die Individuen verbürgt, ist richtig. Dass es durch die Subsumtion des konkreten Sachverhalts unter die abstrakte Norm ebenso die bestehenden Differenzen negiert, so der Ungleichheit Vorschub leistet und zudem im Ausnahmezustand die Möglichkeit besteht, dass der Souverän auch noch dieses Minimum an Freiheit suspendiert, stimmt ebenfalls. Nur ist dies kein Widerspruch innerhalb der Kritischen Theorie, der dann von dieser zu verbinden oder gar aufzulösen wäre, sondern resultiert aus der Sache selbst, was zur Folge hat, dass die rechtliche Abstraktheit und Formalität zwar als Bedingung der Möglichkeit einer Gesellschaft ohne Zwang zu verteidigen ist, sich eine Affirmation des Rechts, das ohne Souverän und somit Zwang eben nicht sein kann, verbietet. Und auch die Tatsache, dass die bürgerliche Gesellschaft erstmalig das Versprechen auf das Glück aller Menschen in der selbstbewussten Organisation ihres Lebens zum Ziel erhob, dieses aber durch Kapital und Staat gleichzeitig dementiert, ist kein bloßer Widerspruch zwischen Staats- und Kapitalkritik und der Bejahung bürgerlicher Errungenschaften, sondern ein Widerspruch innerhalb der bürgerlichen Gesellschaften selbst, aus dem der Funke der Kritik zu schlagen ist. Dieser Widerspruch entspringt nicht äußerlich der Kritik und erfordert daher nicht lediglich ein gewieftes Taktieren zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Realpolitik, sondern wäre im das Glück Aller verwirklichenden Kommunismus aufzulösen. In Leipzig unterstellt man der Kritischen Theorie jedoch auf der einen Seite Skepsis und Kritik an der bürger-

lichen Gesellschaft, auf der anderen den affirmativen Bezug auf die liberale Ordnung. Und da beide Seiten lediglich amalgamiert, also von außen verbunden, nebeneinander stehen, ergibt das einen lebendigen Widerspruch und ein solcher, das weiß der geschulte linksradikale Dialektiker, ist immer gut. Somit ließen sich bereits in der Kritischen Theorie Vorformen der Spaltung in Ideologiekritik und politisch liberaler Praxis erkennen. Obwohl zumindest letztere den liberalen Teil in Adorno und Horkheimer zur Gründung eines realpolitischen Bundesarbeitskreises hätte drängen müssen, lieferten beide, so wirft man ihnen in Leipzig vor, stattdessen mit der *Dialektik der Aufklärung* noch nicht einmal „einen praktischen Handlungsrahmen“ für die postnazistische Bundesrepublik oder wenigstens eine „politische Theorie für die demokratische Nachkriegsgesellschaft“, was man ihnen wegen des drohenden Scheiterns der „demokratisch initiierten ‚Befriedung‘“ im „Land der Täter“ aber gerade noch verzeihen kann. Schließlich war es im Wesentlichen ihre Aufgabe, als Mahner und Warner „das wirklich gewordene Unheil im Gedächtnis wach zu halten.“

Den Hauptangeklagten Antideutschen, die die Gruppe in Gründung zurecht in der Tradition der Kritischen Theorie stehend sieht, wird nun zwar zugute gehalten, die Besonderheiten des Nationalsozialismus erfasst zu haben, in ihrer Auseinandersetzung mit dem Postnazismus jedoch einige gravierende Schwächen, ja sogar Leerstellen aufzuweisen. In bester Tradition eines Josef Fischer sieht man hier die postnazistische Verfasstheit der deutschen Gesellschaft gerade „in der personellen Kontinuität nazistischer Funktionsträger in Recht und Politik“ sowie, wie in schönstem Sinistradeutsch ausgeführt wird, der „transgenerationellen Verdrängung und Weitergabe nationalsozialistischer Erfahrungen“ in Kultur und im Privaten, womit klar wird, dass man in Leipzig unter antideutscher Kritik, das mit zahlreichen gewitzten Zitaten und Erläuterungen gespickte Herumnörgeln an Guido Knopp, an Filmen wie dem *Wunder von Bern* und dem berühmten-berühmten Naziopa versteht. Im Hinblick auf die Konstitution des Staates scheint, so weiß man hier, der Begriff des Postnazismus „das Fortwesen des Nationalsozialismus eher zu beschreiben als zu deuten“. Nun wird zwar nicht klar, was hier eher beschrieben als gedeutet werden hingegen

soll, dass aber auch nach der militärischen Niederschlagung des Nationalsozialismus die negative Aufhebung von Staat und Gesellschaft in der Volksgemeinschaft wie von bourgeois und citoyen im Volksgenossen nicht einfach rückgängig zu machen war, will man zumindest nicht wahrhaben. Da man den Unterschied zwischen nachbürgerlicher und postnazistischer Gesellschaft nicht verstanden hat, führt man daher zu einem an, dass auch in anderen Staaten Interventionen des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft stattfanden und -finden, und zum anderen „antiamerikanische wie antizionistische Manifestationen“ weltweit verbreitet sind. Dass beispielsweise auch in einer liberalen Gesellschaft wie den USA der Staat längst nicht mehr nur als Nachwächter der liberalen Gesellschaft, sondern zunehmend als wirtschaftlicher Gestalter und Krisenmanager auftritt, und dass auch dort das bürgerliche Selbstverständnis, wie der Wahlsieg eines Anhängers staatlicher Regulation wie Barack Obama zeigt, im Verschwinden begriffen ist, macht, soviel ist wahr, auch diese Gesellschaft zu einer nachbürgerlichen. Da aber selbst in DDR-Geschichtsbüchern nicht behauptet wurde, dass der Nationalsozialismus gerade in den USA zum Durchbruch gelangte, müsste man eigentlich sogar in Leipzig wissen, dass es sich daher bei den USA im Gegensatz zu Deutschland eben nicht um eine postnazistische Gesellschaft handeln kann, die Kategorien „nachbürgerlich“ und „postnazistisch“ also nicht identisch sind, womit sich das schöne Argument leider selbst erledigt. Und der weltweit grassierende Antisemitismus und dessen Verwirklichung im islamischen suicide bombing, das gerade in Deutschland und Österreich als Verzweiflungstat verharmlost und von der Gruppe in Gründung als „antizionistische Manifestation“ verniedlicht wird, ist Beleg dafür, dass die deutsche Form der Krisenbewältigung - der Zusammenschluss der panischen Subjekte in der Vernichtung der zur Gegenrasse erklärten Juden - eben nicht auf Deutschland beschränkt ist und weltweit Nachahmer findet: Deutsche also auch in Gaza, Teheran und, wenn auch in geringerer Anzahl, in Oxford und Washington anzutreffen sind. Postnazistische Gesellschaften sind Großbritannien oder die USA deswegen aber noch lange nicht. Leipziger Linksradikale wissen hingegen, dass gerade in Deutschland „nach der demokratisch initiierten ‚Befriedung‘“ der Versuch, die „irreduzible Gewalt des bürgerlichen Rechtsstaates einzuhe-

gen“ und „der vorpolitischen Öffentlichkeit“ größeren Einfluss einzuräumen, erfolgreich war. Deutschland wurde also nicht nur friedlich und erfolgreich demokratisiert und ist somit inzwischen mindestens so bürgerlich oder nachbürgerlich wie alle anderen auch, sondern hat es dank der Einflussnahme zahlreicher außerparlamentarischer NGOs und anderer Vertreter der Zivilgesellschaft – in der sich zwar, folgte man der eigenen Logik, die transgenerationell weitergegebenen nazistischen Erfahrungen sammeln müssten, aber egal – geschafft, mit gutem Beispiel voranzugehen, weswegen es dank seines befriedeten Gemeinwesens auch international als Friedensmacht auftreten darf. Wer dies wie Gerhard Scheit nicht einsieht, der trägt als negativer Geschichtsphilosoph, der skandalöserweise „die deutsche Spezifik dabei mit den zentralen Kategorien der Gesellschaft amalgamiert“, mit seinem „dunklen und apodiktischen [sic!] Raunen“ nur dazu bei, „die gegenwärtige Situation immer unter dem Gesichtspunkt des schlechtesten Falles“ zu betrachten³ und solch ein destruktives Verhalten wird in der vorpolitischen Öffentlichkeit nun mal nicht gerne gesehen. Weil das ewige Rumhängen im jugendzentrumsinternen Lesekreis auch in ostdeutschen Universitätsstädten irgendwann langweilig wird und das Institut von Professor Dan Diner nur begrenzt wissenschaftliche Assistenzstellen anbietet, will man zumindest zivilgesellschaftlich mitmachen dürfen, und wer da immer etwas von „postfaschistischen Demokratien als bloß aufgehaltene Ausnahmestände“ erzählt, der muss „Alarismus“ betreiben. Daher wirft Gerhard Scheit und Manfred Dahlmann auch vor, ihre Kategorien des „neuen Behemoth“ beziehungsweise „Gegensouveräns“ (Dahlmann) verdeckten gerade die „Differenz zwischen einem demokratischen und einem autoritär verfassten Gemeinwesen“ und denunzierten somit das demokratische Deutschland. Dabei betont Scheit in Anlehnung an Thomas Hobbes gerade, dass zwar alle Staaten Ungeheuer sind, dies aber nicht bedeute, dass diese Ungeheuer gleich sind, die Differenz jedoch weniger in Kategorien wie „demokratisch“ oder „autoritär“, sondern vielmehr darin zu sehen sei, „inwieweit der Souverän, der über Leben und Tod entscheidet, die Verwertung des Werts, die sein Wesen – als Unwesen – ausmacht, auch mit der Erhaltung und Verteidigung des menschlichen Lebens in Einklang bringt oder die Krise jener Verwertung in der Verbreitung des Todes als

³ Scheit wirft man mit vollem Ernst vor, seine Herausarbeitung der Besonderheiten der deutschen Vergesellschaftung hätten eines „Aufwand[es] an bedruckten Seiten“ bedurft. Da hätte man es mit der Grundsatzklärung des BAK Shalom natürlich leichter, ist diese doch zumindest schön kurz.

⁴ Gerhard Scheit, *Jargon der Demokratie*, Freiburg i. Br. 2006, S. 33.

⁵ Manfred Dahlmann, *Souveränität und Gegensouverän.*, S. 259 in: *Feindaufklärung und Reeducation*, hg. v. St. Grigat, Freiburg i. Br. 2006.

⁶ Dass das deutsche Grundgesetz den Ausnahmezustand vielmehr institutionalisiert und verrechtlicht hat, kann bei Clemens Nachtmann, *Kapitalistische Krise und Gesellschaftsplanung*, in: *Geduld und Ironie*, hg. v. J. Bruhn, M. Dahlmann u. Cl. Nachtmann, Freiburg i. Br. 1995 und dem Text *Der Staat des Grundgesetzes* von der ISF, erschienen in der *Jungle World*, Nr. 21/2009, nachgelesen werden.

⁷ So das Gruppe in Gründung-Mitglied Walter Schrotfels in seinem auf das Gruppendossier Bezug nehmenden Debattenbeitrag *In der Winterhöhle. Anmerkung zur falschen Kritik der Realpolitik* (*Jungle World*, Nr. 17/2009, S. 19ff.).

⁸ Wohin ein solches Engagement führt, kann man dann beispielsweise am fortlaufenden Schwachsinn erkennen, den ein Sebastian Voigt (BAK Shalom) in schöner Regelmäßigkeit in linken Medien zusammenschreiben darf. Als Beispiel mag hier sein Beitrag *Raus aus der Szene, rein ins Leben* (ebenfalls aus besagter Debatte in der *Jungle World*, Nr. 17/2009, S. 20ff.) dienen, dessen Titel im Grunde schon alles aussagt, und in dem er mit Erkenntnissen wie der, dass ausgerechnet Greenpeace und George Clooney als humanitärer UNO-Sonderbotschafter in Dafur (warum nicht gleich die Linkspartei und Peter Sodann mit seiner Anti-Graffiti-gruppe) „mehr zur konkreten Verbesserung der Situation von Menschen“ beigetragen hätten als alle linken Debatten zusammen“, aufwartet.

Selbstzweck austrägt.“⁴ Gerade hier wird also eine Differenz entfaltet, die nicht den auch in Leipzig verbreiteten Jargon der Demokratie predigt, sondern auch zwischen scheinbar demokratisch verfassten Gesellschaften noch einen Unterschied ausmachen vermag. Dies akzeptierte man vielleicht auch noch in Leipzig, würde als notwendige politische Konsequenz daraus nicht folgen, dass „nicht erst, sondern allerspätestens seit Auschwitz, jede Institutionalisierung gegensouveräner Politik Rechtfertigung genug [ist, N.J.], auch militärisch dagegen vorzugehen.“⁵ In einer Stadt, die bereits seit fast 60 Jahren zur jeweils friedlichsten Deutschen Republik gehört, will man von solch bellizistischen Gedanken nichts wissen, besonders anschlussfähig sind diese im erfolgreich demokratisch befriedeten und beste Kontakte in die islamische Welt unterhaltenden Deutschland nämlich nicht. Stattdessen weiß man hier, „dass Politik eben nicht immer und in jedem Fall die Mobilisierung von Gewalt bedeuten muss“, sondern zum Beispiel ja auch das fröhlich-friedliche Mitwirken in einem Bundesarbeitskreis zur Bekämpfung von Antisemitismus, Antiamerikanismus, Antiimperialismus und regressivem Antisemitismus in einer antizionistischen Partei bedeuten kann. Denn herrscht wie in Deutschland einmal das Gesetz und verunmöglicht somit den Ausnahmezustand⁶, dann bleibt das bekanntlich auch so; gerade in einem Gemeinwesen, welchem der Rechtsstaat militärisch aufgezwungen werden musste. Es ist ausgerechnet dieses Absehen von der auch demokratisch verfassten Gesellschaften inhärenten Gewalt im Allgemeinen und der Rolle Deutschlands als Förderer der ganz offenen islamischen Gewalt im Besonderen, das die Begeisterung der Gruppe in Gründung für die vopolitische deutsche Öffentlichkeit und die Realpolitik und ihr Ressentiment gegen eine Freund/Feindbestimmung, das eine tragende Begründung für ihr Urteil über die Antideutschen ist, ausmacht. Den Liberalen um die Freunde der offenen Gesellschaft konnte man daher noch zugute halten, auf Vermittlung zu insistieren, was hier nur Anschlussfähigkeit heißt, auch wenn ihr offener Bezug auf den Markt im Umfeld einer Vorfeldorganisation der Linkspartei sauer aufstößt. Besonders verwerflich – und das verbindet diese Liberalen mit antideutschen Ideologiekritikern -, sei jedoch ihre Polemik und ihre, eine permanente Entscheidungsposition postu-

lierende, Freund/Feindbestimmung. Diese führe dazu, den angeblich so wichtigen Unterschied zwischen Theorie und Praxis beziehungsweise Kritik und Realpolitik einseitig aufzulösen, wobei die Antideutschen in der Position des ‚Kritikers‘ als harten Mannes“ auch noch einen narzisstischen Gewinn einführen, behielten sie im selbstinszenierten politischen Kampf doch immer die Oberhand.

In der Wiederholung der ebenso alten wie ermüdenden Theorie/Praxisdebatte weiß man, dass antideutsche Theorie in der Kritik des Antisemitismus und der Haltung zu Israel die „besten Argumente“⁷ hatte und so die „neuralgischen Punkte eines traditionellen linken Selbstverständnisses“ (ebd.) traf, jedoch die Israelsolidarität „samt ihrer realpolitischen Konsequenzen“ das „größte Verdienst“ der Antideutschen sei, denn: „Realpolitik von Seiten einer radikalen Linken [...] ist seit Auschwitz dringender geworden denn je.“ Wenn die schlichte Tatsache, dass Auschwitz Gegner von Kapital und Staat dazu verpflichtet, nicht nur theoretische Antisemitismusforschung zu betreiben, sondern sich mit dem Staat Israel als Nothilfemaßnahme gegen den antisemitischen Wahn bedingungslos solidarisch zu zeigen, zu der Lüge wird, dass man deshalb in Deutschland konkrete Realpolitik zu betreiben hätte und Kritik nur noch als „Korrektiv politischer Praxis“ zu dienen hat, dann führt all das Gerede über Widersprüche nur noch dazu, eine Rechtfertigung für die Beteiligung an deutschen Verhandlungen, wie sie nun einmal in der Realpolitik notwendig gepflegt werden, zu liefern. Wenn die schlichte Feststellung, dass sich auch der Kritiker, sobald er sich, in welcher Form auch immer, an die Öffentlichkeit wendet, auf dem Feld der Politik tummelt, zum Vorwurf wird, dass polemische Kritik „konkretes politisches Handeln [...] ersetzt“, dann ist das nur noch der billige Versuch einiger linker Jungpolitiker, ihr Engagement in Parteien, Stiftungen und anderen Institutionen der politischen oder vopolitischen Öffentlichkeit in Deutschland zu legitimieren.⁸ Von Josef Fischer hat man anscheinend nicht nur den Verweis auf personale Kontinuitäten, sondern auch die Begründung für Realpolitik wegen Auschwitz abgeschaut; damals waren es die Grünen, heute ist es die radikale Linke beziehungsweise bald dann die Linkspartei. Ideologiekritik, die sich dem Mitmachen verweigert

und dieses zum Objekt der Kritik macht, muss daher als Bedrohung wahrgenommen und denunziert werden. Zum einen geschieht dies dadurch, dass sich die Kritik der Antideutschen angeblich nur noch wiederhole und sich daher lediglich um sich selbst drehe. Ganz offensichtlich versteht man unter Kritik also das Hervorbringen spannender neuer Theorien und Ansätze, über die es sich dann vortrefflich auf der Diskoseite der *Jungle World* oder vielleicht sogar im politikwissenschaftlichen Seminar streiten lässt. Da Ideologiekritik jedoch auf die Verhältnisse selbst zielt, scheint man weniger an der Abschaffung dieser Verhältnisse - was eben nicht eine stetig neue Theoriebildung, sondern polemische Kritik zur Folge haben müsste - als vielmehr an akademischer Fortbildung und ausgewogenem Meinungs austausch interessiert zu sein. Zum anderen wirft man den Antideutschen vor, sich abzuschotten. Da das Grand Hotel Abgrund in der Krise anscheinend zu teuer war, verkrieche man sich nun in die „Winterhöhle der Emanzipation“, also der eigenen, von „inzestuösem Verhalten“ geprägten Szene. Dort präsentiere sich der Kritiker als harter, illusionsloser und einsamer Mann, der dennoch dem „Elend der Welt furchtlos ins Gesicht blickt“. Hierbei komme es zu einer „Existenzialisierung dieses vorweggenommenen Scheiterns, einem Leiden an der Marginalität (statt am fortdauernden gesellschaftlichen Elend).“⁹ Dass die heutige Zeit wenig Anlass zu Zufriedenheit und Zuversicht gibt und eine aufkommende Krise diesen Zustand vermutlich nicht gerade verbessern wird, sollte man eigentlich auch dort wahrgenommen haben, wo die linke Szene einen Zusammenhalt stiftet und Rückzugsraum bietet, wie man es aus keiner anderen größeren deutschen Stadt kennt. Daran sind weniger „harte“ antideutsche Ideologiekritiker als vielmehr die gesellschaftlichen Verhältnisse Schuld, was Leuten, die so stolz auf ihr gesellschaftskritisches Wissen sind, dass sie noch jeden Text mit einer Unmenge halbwegs passender oder unpassender Querverweise und Zitate spicken, eigentlich auch bekannt sein sollte. Es ist keine Überraschung, dass sich die Kritik deutscher Ideologie in deren Mutterland nicht allzu großer Beliebtheit erfreut, weswegen der in Leipzig offenbar erwartete und ersehnte Ansturm der Massen auf sich warten lässt.¹⁰ Dass dies zwar keine erfreuliche, aber eine möglichst zu ändernde Tatsache ist, weswegen Ideolo-

giekritiker ihre Winterhöhle nicht nur zur Bärenjagd, sondern gelegentlich auch zur politischen Intervention verlassen, ist daher zweifellos richtig. Wenn aber aus dieser Tatsache - und daher ist das Leiden an der eigenen Marginalität auch keine existentialistische Pose, weil nur eine weit größere Anzahl an Kritikern dem fortdauernden gesellschaftlichen Elend auch tatsächlich ein Ende bereiten könnte - nicht die schonungs- und illusionslose Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern das Verlangen folgt, sich an all dem Unsinn auch noch aktiv zu beteiligen, dann kann der Versuch, „das Verhältnis zwischen der theoretischen Kritik der Gesellschaft und ihrer praktischen Verwirklichung auszuformulieren“, nur noch im Ausfüllen des Mitgliedsformulars des BAK Shalom oder einer anderen zivilgesellschaftlichen Institution liegen. ■

⁹ Schrottfels, *Jungle World*, Nr. 17/2009, S. 20.

¹⁰ Behauptet wird auch noch, die Antideutschen implizierten einen „Zusammenhang zwischen einer vermeintlichen Stellung des Kritikers und dem Wahrheitsgehalt seiner Aussagen.“ Das ist schlicht und einfach gelogen und wäre natürlich auch Unsinn, denn dann besäßen ja auch die Aussagen einer fraglos isolierten Gestalt wie Horst Mahler für Antideutsche einen enormen Wahrheitsgehalt.

anzeige

MÄRZ
09

PHASE2

ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

DAS ENDE DER KÄLTE
POLITIK, ERINNERUNG UND
NATIONALE IDENTITÄT NACH
DEM KALTEN KRIEG

AUSGABE NR 31
enthält u.a.: 31

SHLOMO AVINERI: »Nach dem Kommunismus«
HEIDEMARIE UHL: »Cold War, hot memories«
ULI SCHUSTER:
»NATO am Ende oder am Ende die NATO?«
ROGER BEHRENS: »Kommunismus. Dreißig Thesen«
NIKLAAS MACHUNSKY & PHILIPP LENHARD:
»Und weil der Mensch ein Mensch ist...«
MARGIT REITER: »Jörg Haider als »Erbe Kreiskys?«
THOMAS HAUKE:
»Wissenschaft und Kommunismus«

☐ PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE
UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG

WWW.PHASE-ZWEI.ORG